

Reinhard J. Voß

Gewaltfreiheit als christliche Option.

**Ein Beitrag zur politischen Diskussion um Terror, Krieg und Krisenprävention
Vortrag an der Kath. Akademie in Hamburg am 21.11.2001**

(Die längeren Dokument-Passagen von pax christi u.a. wurden im Vortrag nur auszugsweise zitiert.)

I

Als wir vor Monaten das Thema verabredeten, ging es mir darum, einerseits deutlich zu machen, daß die jetzige deutsche Regierung in ihrer Regierungserklärung und auch in manchen neuen politischen Schritten der zivilen Konfliktbearbeitung, der Prävention und dem Zivilen Friedensdienst (zumindest als neues Instrument des Entwicklungsdienstes) sowie dem Schutz der Menschenrechte verstärkte Beachtung schenkte und Förderung zukommen ließ. Gleichwohl wollte ich auch die Anfrage stellen, ob sie wegen ihrer konkreten Politik - etwa den weiter gestiegenen Rüstungsexporten (im letzten Jahr sollen sie nun angeblich zurückgegangen sein) und der interventionistischen Politik ohne klares UNO-Mandat auf dem Balkan - nicht in den Verdacht gerate, die Rede von der Prävention und der Zivilen Konfliktbearbeitung selbst in Frage zu stellen.

Dieser Verdacht hat sich nun nach der historischen Entscheidung des Bundestages für den deutschen Kriegseinsatz am 16. November 2001 zur Gewißheit erhärtet und mein Vortrag fällt damit politisch noch klarer aus. Dabei sehe ich mich erstaunt im Einklang mit der mir bisher nicht als progressiv bekannten Eichstädter Kirchenzeitung, deren Chefredakteur Karl G. Peschke am 11.11. unter dem Titel „Weltfriede in Gefahr“ schrieb: „Präsident Bush jr. hat bisher nicht mehr als die Bescheinigung, die USA hätten das Recht, sich gegen Terroranschläge individuell und kollektiv zu verteidigen. Für einen Krieg ist das keine Legitimation. (...) Unverständlich ist, warum unter diesem Bundeskanzler die deutschen Soldaten in den Einsatz geschickt werden, ehe die Gründe und Ziele dafür transparent sind. Die Eilfertigkeit, in der diese rot-grüne Regierung sich bemüht, ihre Bündnistreue anzudienen, ist beunruhigend. Die Unfähigkeit dieser Regierung, in anderen als militärischen Kategorien zu denken, ist beschämend. Die mangelnde Bereitschaft, Bedenkensträger ernst zu nehmen, ist verhängnisvoll. (...) Der Kreuzzug gegen den Terrorismus hat – wenn das Wort keine Rückkehr ins Mittelalter bedeutet – mit modernen Mitteln zu geschehen: Dialog, Überzeugung, Entwicklung sind die modernen Synonyme für den Frieden.“ Soweit der Leitartikel aus Eichstädt, der Diözese des ähnlich warnend argumentierenden katholischen Militärbischofs Walter Mixa. Als ein solcher christlich-pazifistischer Bedenkensträger melde ich mich zu Wort - als Vertreter von pax christi in der katholischen Kirche.

II

Die Stellungnahme des Pax Christi-Vorstands zum Afghanistankrieg vom 30.10.2001 „Aufhören – jetzt!“ wurde verfaßt, bevor eine Beteiligung deutscher Soldaten offiziell vorgeschlagen und beschlossen wurde. Wir wollten warnen vor der eigenen militärischen Logik, die mit einer solchen Politik einher gehen werde. Wir stellten Ende Oktober nach drei Wochen Krieg klar, daß die Militärschläge zur Ergreifung des Terroristen Bin Laden und seiner Helfershelfer sich zum Krieg gegen das Land mit dem erst nach Kriegsbeginn deutlich erklärten Ziel der Beseitigung der Taliban-Regierung entwickelt habe. Das Leiden und Sterben auch der Zivilbevölkerung und die wachsenden Flüchtlingsströme, die Verhinderung humanitärer Hilfe und die Verschärfung der Kriegsmittel (mit den international geächteten Streu- und Benzinbomben) führten uns zu der klaren Forderung „Aufhören - jetzt!“ Dabei waren wir –weit ab von fundamental pazifistischen Thesen - bemüht, gerade auf die Argumente derer zu antworten, die den Krieg anfangs als Straf- oder gezielte Suchaktion gegen Terroristen befürwortet hatten – und ich füge hinzu: die sich nach der „Befreiung“ bestätigt sehen. Ich zitiere in Auszügen:

„Eine Nation, die immer wieder Menschenrechte und Freiheit als ihre Werte reklamiert, muss jetzt ihre Glaubwürdigkeit unter Beweis stellen!

- Wer nach den schockierenden Terrorangriffen des 11. September eine „uneingeschränkte Solidarität“ mit den Vereinigten Staaten von Amerika als das Gebot der Stunde empfunden hat, muss spätestens jetzt eine Grenze dieser Solidarität ins Auge fassen: Deutschland muss den befreundeten Regierungen der USA und Großbritanniens widersprechen, wenn diese trotz der verheerenden Folgen und der zunehmenden Eskalationsrisiken die militärischen Schläge in Afghanistan nicht beenden.
- Wer Anfang Oktober die Militäraktionen noch für „maßvoll“ und „verantwortbar“ gehalten hat, erfährt jetzt aus immer mehr Medienberichten, welche furchtbaren Schäden angerichtet werden: Deutschland muss gegen die weitere Bombardierung protestieren, die Wohngebiete, Versorgungseinrichtungen, Lager von Hilfsorganisationen getroffen hat, gegen Streubomben, die viele zivile Opfer fordert und vermintes Land zurücklassen, gegen die ungeheure Verschärfung des Flüchtlingselends.
- Wer zu Beginn noch die Hoffnung hatte, der „Gegenschlag“ sei „zielgenau“ und könne dazu führen, die Terroristen sowie ihre Hintermänner und Helfershelfer unschädlich zu machen, muss jetzt erkennen: Während die Nationen der Antiterrorkoalition sich immer mehr in die Gewaltspirale im Mittleren Osten und in gefährliche Bündnisse verstricken, ist Gerechtigkeit für die Opfer des 11. September nicht hergestellt, ist das Leben der Menschen in den westlichen Ländern nicht sicherer geworden.
- Wer im Rahmen des ausgerufenen „Bündnisfalls“ auch einen militärischen Beitrag Deutschlands für notwendig angesehen hat, muss jetzt davon Abstand nehmen. In der gegenwärtigen Lage sind einzig und allein massive Hilfsmaßnahmen für die Betroffenen in Afghanistan und die Einrichtung von Schutzzonen notwendig im Sinne des Wortes, damit nicht immer mehr Menschen zwischen den Fronten der Taliban und der Nordallianz sowie den Bombenangriffen zerrieben werden.
- Wer in der ersten Zeit des Entsetzens und der Trauer nach den Terroranschlägen noch eine klare Linie zwischen „Gut“ und „Böse“ ziehen mochte, muss spätestens jetzt erkennen: So eindeutig sind Recht und Unrecht nicht verteilt. Die Ursachen des Terrorismus und die Wege zu seiner Überwindung sind sehr komplex und die Militärschläge dazu untauglich.

In der Überzeugung, dass jedes Menschenleben kostbar ist, fordern wir von der Bundesregierung in der gegenwärtigen Situation:

- Initiativen für ein Ende der militärischen Aktionen
- Hilfsmaßnahmen für die Flüchtlinge
- Die Unterstützung der Bestrebungen für ein UNO-Strafrecht (einen International Criminal Court)
- Die Einberufung einer internationalen Anti-Terror-Konferenz.“

Soweit die Pax Christi-Stellungnahme vom 30.10. Mittlerweile hat sich die Situation weiter entwickelt; man spricht von „Befreiung“ - ja: die Krieger der Nordallianz die selbst die Bevölkerung vor wenigen Jahren noch terrorisierten, zigtausende Zivilisten auf dem Gewissen haben und Kabul in Schutt und Asche legten, haben die Gotteskrieger der Taliban mit ihrem „Tugendterror“ vertrieben. Der Krieg wird auch im Ramadan weiter gehen – nun mit deutscher Beteiligung! Wie können wir Weg finden, endlich der UNO die ihr zustehende Rolle zukommen zu lassen und sie zu stärken? Und wie können wir verhindern, dass dieses „Befreiungsmodell“ nun auf weitere von den USA so genannten „Schurkenstaaten“ ausgedehnt wird: Irak, Somali, Sudan, Nordkorea, Philippinen, Kuba? Sollen die nächsten An-„schläge“ immer wieder die nächsten Gegen-„Schläge“ rechtfertigen – Israel-Palästina weltweit?!

Die Delegiertenversammlung von pax christi hat sich nach langen Diskussionen am letzten Wochenende (16.-18.11.2001) in Loccum einstimmig mit einem „Einspruch gegen Militäreinsätze als Mittel der deutschen Politik“ zu Wort gemeldet. Ein Drittel der Versammlung hätte den Titel lieber noch schärfer gefaßt und von „Militarisierung der deutschen Politik“ gesprochen. Darin heißt es:

„Wir erheben Einspruch gegen den Einsatz der Bundeswehr, weil Krieg ein untaugliches Mittel gegen terroristische Anschläge darstellt. Auch die militärischen Siege der verschiedenen Armeen in Afghanistan können darüber nicht hinweg täuschen. (...) Es ist zu befürchten, dass der Krieg weiter geht und auf andere Länder ausgedehnt wird. (...)

Wir erheben Einspruch, weil sinnvollere Alternativen als die beschlossenen Militäreinsätze nicht entschieden genug gesucht und ausgebaut werden.“ (Darauf gehe ich im Folgenden ein.) Soviel zur aktuell politischen Einleitung.

III

Schon jetzt wird deutlich, wie stark wir Pazifisten gezwungen sind, politisch auf die Dynamik der Regierung zu reagieren. Dabei fällt es schwer, die eigene grundsätzlichere Position überhaupt noch einzubringen. Sie ist gewachsen in den 90er Jahren im sog. Pazifismusstreit bei Pax Christi, aber auch in der aufreibenden Arbeit für Flüchtlinge und Asylschutz in unserem Land sowie für Friedensdienste in Konfliktregionen.

Was hat denn „Gewaltfreiheit als christliche Option“ überhaupt noch beizutragen zum politischen Diskurs, wenn jeder Kriegsgegner gleich unter den Generalverdacht des Anti-Amerikanismus und des Bündnisverrats (man sagt nicht mehr: Vaterlandsverrat) gestellt ist?!

Grundsätzlich sehe ich als Pazifist die Notwendigkeit, daß Pazifismus heute eine „prophetisch-religiöse“ und eine „politische“ Variante hat, die sich gegenseitig ergänzen und bereichern sollten. Wir werden als Pazifisten und auch als Vertreter des „Gerechten Friedens“ gefragt, was wir denn beizutragen haben zur Einhegung von nationaler und internationaler Gewalt und Terroranschlägen.

Ich gehe jetzt bewußt nicht auf die Gerechtigkeitsfrage ein, die Papst Paul schon 1967 vor der UNO einklagte – mit seinem berühmten Wort „Gerechtigkeit ist der neue Name für Frieden.“ Bundespräsident Rau sagte ganz in diesem Sinne nach den Terror-Anschlägen: „Der beste Schutz gegen Terror, Gewalt und Krieg ist ein gerechte internationale Ordnung.“ Ich möchte nur festhalten, was auch kirchlicherseits am stärksten seit dem 11. September immer wieder betont wurde, daß die äußerst ungleiche globale Machtverteilung im wirtschaftlichen, politischen, militärischen und auch kulturellen Bereich zunehmend als Vorherrschaft des Westens zu bezeichnen ist und als solche erlebt wird: als eine Art „struktureller Arroganz“. Die Terroristen könnten ohne diese Erfahrungen von Demütigung, Unterdrückung, Abhängigkeit, Ausweglosigkeit, Entwurzelung im kulturellen und ökonomischen Bereich in vielen Ländern des Südens gar nicht genügend Rückhalt und Echo finden für ihre verbrecherische Verblendung.

Ich konzentriere mich also auf die immer wieder gestellt Frage, was neben solch langfristigen Strukturveränderungen denn kurzfristig von Pazifisten zur Bekämpfung oder Überwindung des recht undifferenziert „Terrorismus“ genannten Phänomens beizutragen sei.

Wir Pazifisten (Christen und andere) haben mindestens fünferlei dazu beizutragen:

1. die Vision der „Pax Christi“, des jesuanischen Friedensstiftens durch radikales Verstehen und manchmal auch Provozieren des „Gegners“, den Martin Buber in seiner Deutung des Neues

Testaments einen „zeitweiligen Hasser“ nannte. (Hier will ich kurz auf das Mißverständnis des christlichen Pazifismus als einer passiven Haltung eingehen.)

2. eine grundsätzliche „vorrangige Option für Gewaltfreiheit“ (Ökumenische Versammlungen der Kirchen in der DDR und anderswo), basierend auf der tiefen Einsicht, daß Gewalt allzu leicht nur Gewalt gebiert und in Form einer Spirale sehr schnell politisch unkontrollierbar wird. In diesem letzteren Punkt sind gerade die Kriterien eines gerechten Friedens hilfreich, wie sie die katholischen Bischöfe vor einem Jahr aufstellten. (Ich messe sie kurz am gegenwärtigen Krieg in Afghanistan.)
3. eine Vielfalt mittlerweile entwickelter gewaltfreier Aktionsformen von der Sozialen Verteidigung und der Mediation bis zu internationalen Missionen in präventiver und auch konfliktvermittelnder Absicht. Der amerikanische Ex-Präsident hat mit seinem „Carter-Institute“ Vorbildliches in dieser Hinsicht geleistet. (Hier ist zu verweisen auf die seit den 60er und besonders in den 90er Jahren entwickelten Alternativen im Entwicklungs- und Friedensdienst-Bereich.)
4. eine dialogisch-politischen Entwurf der Anerkennung unterschiedlicher Interessen und Positionen und der Verweigerung eines grundsätzlichen Gut-Böse-Schemas, wie es in jüngsten Äußerungen von Präsident Bush von der totalen Ausmerzung des Bösen wieder aufscheint - in eigenartigem Kontrast - fast wie ein Widerschein - zum islamistischen Feindbild des grundsätzlich bösen Westens. (Hier werde ich den politischen Rat des berühmten norwegischen Friedensforschers Galtung zitieren und auch Rat suchen beim amerikanischen Friedensstifter Jean Paul Lederach.)
5. schließlich einen weltweit koordinierten juristischen Weg der Gewaltkontrolle durch Entwicklung weiterer UNO-Instrumente zur Bekämpfung und Bestrafung internationaler Gewalttäter – der nächste Schritt dazu ist die Ratifizierung des geplanten Internationalen Strafgerichtshofes. (Hier werde ich mich auf Freiburger Richter und Staatsanwälte berufen.)

Bevor ich zu diesen fünf Punkten zurück komme, noch eine grundsätzliche Bemerkung.

Der ev. Sozialethiker Wolfgang Lienemann hat schon 1993 nach der „Politischen Verantwortung des christliche Pazifismus für das Ganze einer politischen Ordnung“ gefragt und gefordert, dieser müsse sich die Frage stellen (lassen), „was er zur Begrenzung und Steuerung politischer und wirtschaftlicher Macht in der Weltgesellschaft vermittle der Prinzipien und Verfahren einer Rechtsordnung beizutragen vermag“. Er nannte die in den 60er Jahren in der Friedensforschung als zentral formulierten drei Gefahren-Bereiche „Gewalt - Not- Unfreiheit“:

- Schutz vor Gewalt durch rechtsstaatliche Ordnung
- Schutz vor Not (durch mehr Gerechtigkeit, Mindesteinkommen oder Sozialhilfe) und
- Schutz der Freiheit (durch Anerkennung des Ethos der Menschenrechte).

Und er dehnte diese Forderung auf die Frage nach dem militärischen Schutz der Menschenrechte („humanitäre Interventionen“) aus und schlug zwei Jahre vor Srebrenica vor, „auf Dauer eine UNO-Streitmacht zur Durchsetzung des Völkerrechts“ bei gleichzeitiger Abrüstung der nationalen Armeen. „In dieser Ordnung wären Soldaten ihrer Funktion nach von Polizisten nicht mehr zu unterscheiden. Ich denke, ihre Legitimität würden auch Pazifisten anerkennen können.“

Ich antworte: Ja, dies kann ich, wenn der Begriff Militär und damit die Institution des Krieges als politisches Mittel von nationalstaatlicher und auch blockbezogener Machtpolitik wirklich aufgegeben wird.

Wenn übrigens jetzt Erhard Eppler angesichts der „privatisierten Gewalt“ im Prozess der Auflösung des staatlichen Gewaltmonpols oder überhaupt staatlicher Strukturen, sagt (taz v. 19.11.2001):

„Der Pazifismus ist nicht tot, aber er muss sich wandeln. Er muss zum Partner des Militärs werden.“ – so kann ich dem so nicht zustimmen. Ich habe zwar erlebt, wie auf dem Balkan die Zusammenarbeit problemlos im Bereich praktischer Hilfe lief, aber da handelte es sich faktisch nicht mehr um Militär, sondern ihrer Funktion nach um Polizei und technische Hilfskräfte. Ich

warne also davor, daß Pazifisten und Friedensfachkräfte in die Logik des Militärs eingebunden werden – praktisch, ideologisch und politisch. Diese Debatte steht dem Pazifismus in der Tat jetzt bevor.

IV

Nun zu den fünf Alternativen, die ich nannte.

Zur 1. Alternative der aktiven christlichen Gewaltfreiheit verweise ich auf Walter Wink („Der dritte Weg Jesu“). Eine entscheidende Bibelstelle, die immer wieder missachtet, missdeutet und missbraucht wurde, ist nach Wink das Jesuswort von der anderen Wange, der zweiten Meile und dem auch noch herzugebenden Untergewand (Mt 5,38-41). Walter Wink, aus New York schrieb als Hilfe zum gewaltlosen Anti-Apartheidskampf in Südafrika (mit einem Vorwort von Bischof Tutu) ein Büchlein zum „dritten Weg Jesu“, um die Christen in ihrem Gewaltfreien Widerstand zu stärken.

Wie deutet Wink diese drei „pädagogischen“ Ratschläge Jesu? Ich zitiere:

„Weshalb empfiehlt Jesus diesen - ohnehin genügend gedemütigten - Menschen, die andere Backe hinzuhalten? Weil genau dies den Unterdrücker seiner Möglichkeit beraubt, sie zu demütigen! Die Person, die die andere Backe hinhält, sagt damit „Versuch es noch einmal! Dein erster Schlag hat sein eigentliches Ziel verfehlt. Ich verweigere dir das Recht, mich zu demütigen.“ (...) In diesem Kontext redet Jesus. Die Armen sind es, die ihm zuhören („Wenn dich jemand vor Gericht zieht...“). An ihnen allen nagt der Haß auf ein System, das sie demütigt, indem es ihnen das Land und ihren Besitz wegnimmt und sie schließlich buchstäblich bis aufs Hemd auszieht.

Weshalb also rät Jesus den Armen, auch noch das Untergewand herzugeben? Das heißt ja nichts anders als sich vollends zu entblößen und splitterfasernackt aus dem Gerichtsgebäude zu laufen! Wenn wir uns in den Schuldner hineinversetzen, dann können wir uns vorstellen, welches Gekicher diese Anforderung Jesu ausgelöst haben muß. Hier steht ein Gläubiger, puterrot vor Verlegenheit, deinen Mantel in der eigenen Hand, deine Unterwäsche in der anderen! Plötzlich hast du den Spieß umgedreht.“

Und drittens das Beispiel der zweiten Meile: Es spielt an auf das Recht jedes römischen Soldaten, einen Juden zum Gepäcktragen für eine Meile zwingen zu können.

„Aber weshalb sollte man die zweite Meile gehen? Bedeutet das nicht, ins andere Extrem zu verfallen und dem Feind Vorschub zu leisten? Überhaupt nicht. (...) Die Regeln sind Sache des Kaisers, aber wie man mit den Regeln umgeht, das ist Sache Gottes. der Kaiser hat keine Macht darüber.“ Wink fragt konkret: "Ist das eine Provokation? Ein Affront gegen seine Stärke? Einfach Freundlichkeit? Oder der Versuch, den Legionär vor den Kadi zu bringen, weil dieser jemanden die Last länger tragen läßt als erlaubt?"

Ich lernte durch diese Deutung zu verstehen, was ich auch bei Gandhi sah: gewaltloser, besser: gewaltfreier Widerstand ist nicht passiv, sondern eine sehr aktive, erlernbare, und sogar taktisch und strategisch einsetzbare Haltung und Handlung. Sie setzt aber eine spirituelle Vertiefung voraus, die ständige innere Auseinandersetzung, Wachheit, „formation“ bedeutet.

Zur 2. Alternative, der „vorrangigen Option für Gewaltfreiheit“, die Gewaltanwendung zur Überwindung von Not und Unfreiheit als „letztes Mittel“ nicht ausschließt, zitiere ich aus Überlegungen bei pax christi zur Kriegsantwort auf das Verbrechen des 11. September, in denen

versucht wird, die Vertreter des „Gerechten Friedens“ für eine Kriegsablehnung zu gewinnen, indem man ihre eigenen Kriterien aktuell anwendet.

„Als christliche Friedensbewegung, die sich dem Geist der „pax christi“, der Gewaltfreiheit Jesu verpflichtet weiß, wollen wir die gegenwärtige Politik u.a. auf dem Hintergrund des Bischofswortes „Gerechter Friede“ beleuchten. Auch wenn wir uns bewusst sind, dass die „Kriterien humanitärer Interventionen“ in diesem Papier eher im Blick auf die kritische Prüfung „klassischer“ Kriege verfasst wurden, halten wir es für angemessen, sie nun auf die „neue“ Konstellation der supranationalen Terrorbekämpfung anzuwenden.

Tun wir dies, kommen wir zu dem Ergebnis, dass die Kriterien einer „ultima ratio“ nicht erfüllt sind.

- Ein „größtmögliches Maß an Sorgfalt in der Prüfung der zu erwartenden Folgen“ der Gegenschläge wurde nicht angewandt: siehe z.B. die vielfach erwähnten Eskalationsrisiken und die Gefahr einer Anheizung von Hass und Rachegefühlen auf der Seite islamisch geprägter Staaten.
- Die Bombardierungen stellen keineswegs ein „Minimum an Gewalt“ dar: siehe z.B. die militärische Unterstützung der Krieg führenden Nordallianz, die Massivität und die Dauer der Militärschläge.
- „Zielführung und Verhältnismäßigkeit der Mittel“ werden zunehmend unglaubwürdig: Geht es um die Ergreifung der Terroristen? Die Vernichtung ihrer Strukturen? Den Sturz des Taliban-Regimes? Den Sieg über einen von mehreren „Schurkenstaaten“? Welchem dieser Ziele nützen z.B. die verheerenden Streubomben?
- Ebenso wenig wurde vor Kriegsbeginn eine klare politische Perspektive für die „Zeit danach“ entwickelt; die Konfliktnachsorge wurde nicht sorgfältig bedacht. Dies geschah – nicht zuletzt durch die Minister Powell und Fischer – erst in großer politischer Hektik parallel zum Krieg.
- Ein „Schutz der Zivilbevölkerung“ und eine Verhinderung der „Flüchtlingsnot (als) größte humanitäre Herausforderung“ sind nicht gewährleistet – im Gegenteil!

Es gab nach Ansicht vieler vielleicht formal „ein hinreichendes Mandat der Vereinten Nationen“, doch ist auch dies umstritten und war auch dem Kalkül Russlands und Chinas angesichts ihrer eigenen internen Unruheherde zu verdanken; jedenfalls ist es kein Ersatz für eine echte Stärkung der UNO als der Gewalt eindämmenden und das Völkerrecht durchsetzenden Instanz. Die Resolution 1373 des Sicherheitsrates vom 28.9. 2001 – hier komme ich auf das Anfangszitat des Chefredakteurs der Eichstädter Kirchenzeitung zurück - war mit den von ihr geforderten „geeigneten Maßnahmen“ weit weg von der dann anrollenden Kriegsmaschinerie und kann nicht zu deren Legitimierung dienen. Das Nürnberger Menschenrechtszentrum schrieb dazu: „Vielmehr enthält die Resolution ein ganzes Bündel anderer Maßnahmen, die die Mitgliedsstaaten zu ergreifen haben.“ (Finanzielle, strafrechtliche, informationelle, polizeiliche, usw. sowie) „die Anwendung der bereits bestehenden 12 internationalen Abkommen zur Bekämpfung des Terrorismus – von denen die USA keines ratifiziert haben.“

Zur 3. Alternative – den Entwicklungs- und Friedensdiensten - verweise ich auf deren unvollendete Geschichte. Im Sinne der zitierten dreifachen Gefährdung durch Not, Gewalt und Unfreiheit wurde in den 60er Jahren in Deutschland besonders 1967-69 eine erste intensive Debatte über neue Friedensdienste geführt, die schließlich ins Entwicklungshelfergesetz von 1969 mündete. Damals sprach einer der Initiatoren, Wolfgang v.Eichborn, davon, nun sei „als erster Friedensdienst der Entwicklungsdienst“ anerkannt worden. Es kam nie zur Anerkennung eines weiteren „zivilen Friedensdienstes“ wie er schon damals genannt und gefordert wurde; lediglich ist 1998 der ZFD als Teil des Entwicklungsdienstes anerkannt und seither offiziell gefördert worden - mit einer im Vergleich zu militärischen Ausgaben verschwindend lächerliche Summe von jährlich 19,5 Mio DM. Der Ausbau dieses politischen Erbes könnte eine wirklich Alternative zu militärischem Eingreifen

werden, würde sie nur ähnlich stark gefördert wie dieses! Das Auswärtige Amt hat etwa die Hälfte dieser Summe seinerseits zur Verfügung für die Fortbildung von Friedensfachkräften, d.h. zivilen Beobachtern und Begleiterinnen bei UN- und OSZE-Missionen, wie etwa der Wahl im Kosovo. Es gibt genügend nichtstaatliche Organisationen, etwa in der „Plattform zivile Konfliktbearbeitung/ ZKB“ zusammengeschlossen, die eine politische Basis für die Weiterentwicklung darstellen.

Und auch die neue Abteilung im BMZ „FriedensEntwicklung“/ „FriEnt“ mit sechs Hauptamtlichen kann ab 2002 neue Impulse geben. Sie hat bezeichnenderweise gerade die Friedensbewegung in einer „Bedarfserhebung“ gefragt, was zu lernen und weiter zu entwickeln sei.

Ich nenne einige mögliche Antworten aus der „Plattform ZKB“:

- Entwicklung einer Infrastruktur für zivile Konfliktbearbeitung für das In- und Ausland
- Vernetzung von Akteuren
- Aktionen gegen die Verbreitung von Kleinwaffen
- weitere Einschränkung der Rüstungsexporte
- Programme zum Verbot aller Minen
- Reintegrationshilfen von ehemaligen Kämpfern
- Maßnahmen gegen Kindersoldaten
- Verhinderung der Ausrüstung von Polizei in labilen Staaten (Reform des Sicherheitssektors)
- Stärkung der Rolle der Frauen in Friedensprozessen
- Qualifizierung von Fachkräften der zivilen Konfliktbearbeitung
- Förderung der Gerechtigkeit als Leitidee und Praxis (Schuldenerlaß etc.)
- „Global governance“
- Aufarbeitung nicht gelöster Konflikte (Nahost u.a.)
- Kritische Diskussion und Fortentwicklung der Reichweite alternativer gewaltfreier Instrumente

„Effektive Krisenprävention – ein uneingelöstes Versprechen oder bloßer Etikettenschwindel“, heißt bezeichnender Weise das Thema der diesjährigen „Plattform“-Vollversammlung Ende November.

Mittlerweile gehört es schon zur Routine, wenn wir bei Pax Christi das Schreiben eines benachbarten Entwicklungsdienstes bekommen, in dem es z.B. heißt: “Wir bitten um Anregungen und Vorschläge, um gemeinsam getragene Vorhaben im Rahmen des ZFD durchzuführen, in denen es Bedarf für die Mitarbeit von Friedenfachkräften geben kann. Insbesondere kommen hierfür Aktivitäten in den Bereichen Bildungsarbeit, Versöhnungsarbeit, Friedenserziehung, gewaltfreie Konfliktbearbeitung, Flüchtlingsarbeit, Vorhaben der Prävention von gewaltsamer Konfliktaustragung und in der Konfliktnachsorge in Frage.“

Zur 4. Alternative möchte ich aktuell Johann Galtung aus der „Berliner Zeitung“ vom 6. November zitieren. Er war noch im Februar als Vermittler in Afghanistan und schlägt folgende 5 Punkte eines politisch-diplomatischen statt militärischen Vorgehens vor.

- a) Gründung eines palästinensischen Staates, um eine der Hauptursachen der Spannungen zwischen der islamischen und westlichen Welt zu überwinden.
- b) Aufhebung der Sanktionen gegen Irak - eine Forderung die PCI schon lange erhebt, um das Sterben der Kinder dort und das Leiden der Bevölkerung zu beenden. Waffenlieferungen blieben ausgenommen.
- c) Abzug der US-Truppen aus Saudi-Arabien, um die religiösen Gefühle der Moslems und gerade hier liegt eine der Hauptursachen für Bin Ladens Haß gegen den Westen, den er somit als Aggressor wahrnimmt, welchem im Auftrag des Koran zu widerstehen sei.
- d) Beginn des von Irans Präsident Chatami - auch bei seinem Deutschlandbesuch - vorgeschlagenen

Dialogs der Kulturen. „Ein solcher Kurswechsel würde von den Moslems nicht als Zeichen von Schwäche aufgefasst oder zu weiterem Terror ermutigen, sagt Galtung.“

e) Und schließlich hält es Galtung in Afghanistan für eine realistische Lösung, nicht die Nordallianz an die Macht zu lassen, sondern eine Koalitionsregierung unter Einschluß der Taliban sowie die Schaffung eines „Bundesstaates - unterteilt nach den Siedlungsgebieten der über ein Dutzend wichtigsten Bevölkerungsgruppen“. Dazu sollten UN-Truppen stationiert und die Organisation Islam. Staaten einbezogen werden, um eine der OSZE vergleichbare Struktur in dieser Region zu entwickeln.

Der Leiter des politisch unabhängigen Berliner Zentrums für afghanische Kultur, Sabour Zamani, sagte ganz ähnlich dem Spiegel (Spiegel online v. 8.11.01):

„Richtig wäre: keine Waffen und Munition mehr für alle Kriegsparteien. Wir brauchen Entwaffnung und Entmachtung, und zwar sowohl der Taliban als auch der Nordallianz. Wir brauchen eine Regierung aus allen Gruppen, so wie es das vor 22 Jahren schon gab. Vor allem mit Beteiligung der Frauen, die den größeren Bevölkerungsanteil stellen. wünschen wir uns Friedenstruppen der Uno, aber nicht diesen Krieg.“

Und noch eine etwas grundsätzlichere fundierte Friedensstimme aus den USA möchte ich zu Rate ziehen: Jean Paul Lederach, der schon mehrfach international erfolgreiche Vermittler. Er sass nach den Anschlägen vom 11.9. tagelang auf einer Reise fest und notierte spontan Überlegungen über „die Herausforderung des Terrors“. Ich zitiere aus diesen Notizen vom 16.September, 5 Tage „danach“:

„Die politischen Führer möchten die Gewalt beenden indem sie die Täter übertrumpfen und auslöschen. Dies mag die Einsicht vieler Jahrhunderte vor uns gewesen sein. Aber es ist nicht die Einsicht aus den letzten 30 Jahren. Sie ist einfach: Wenn Menschen ein starkes Gefühl der Bedrohung, der Ausschliessung und allgemeine Erfahrungen direkter Gewalt erleben, richten sich all ihre Bemühungen aufs Überleben aus. Immer wieder ist in diesen Bewegungen eine aussergewöhnliche Fähigkeit vorhanden, ausgewählten Mythen und erneuerten Kampf zu reproduzieren. (...) Die Anwendung militärischer Macht, um Terror zu zerstören, (...) ist wie einen reifen Löwenzahn mit einem Golfschläger zu treffen.“

Statt in die Spirale der Gewalt einzutreten, rät Lederach – und man sieht manche Analogien zu Galtung:

- Energische Anstrengung eines andauernden Friedensprozesses zwischen den Israeli und Palästinensern
- Finanzinvestitionen in Entwicklung, Bildung und ein breites sozialens Programm in den Ländern um Afghanistan, statt die Taliban auf der Suche nach Bin Laden zu zuerstören.
- Anstreben einer stillen diplomatischen, aber dynamischen und vitalen Unterstützung der Arabischen Liga.
- Religionsverbindendes ökumenisches Engagement, nicht nur durch symbolische Leitfiguren, sondern durch praktisches Erkunden eines ethischen Netzes für das neue Jahrtausend (man denke an Kungs „Weltethos“ und die „Erdcharta“-Initiative nach Rio 1992)
- Ehrlich sein über die „Quellen von Gewalt in unserem eigenen Haus und andere dazu einladen, dasselbe zu tun“; so die „lebensbejahende Ethik im Herzen aller Völker“ stärken!

Er schließt mit den Worten: „Diesen Krieg für Gerechtigkeit, Frieden und Menschenwürde werden wir nicht mit den traditionellen Kriegswaffen gewinnen können.“und mit einem kurzen Gedicht dazu:

„Hoffe auf einen Witterungsumschlag,
jenseits von Rache.
Glaube, dass ein weiter entfernter Strand
Von hier aus zu erreichen ist.
Glaube an Wunder
Und Heilmittel und Heilquellen.“

Zur 5. Alternative zitiere ich die FREIBURGER KOMMISSION FÜR MENSCHENRECHTE des Vereins der Richter und Staatsanwälte und des Anwaltvereins (Holzmarkt 2, 79098 Freiburg, Tel. 0761-202770, Fax 0761-2027777) mit ihrem

A P P E L L an BUNDESKANZLER SCHRÖDER und AUSSENMINISTER FISCHER:

„Wir bitten die Bundesregierung, sich bei den Vereinten Nationen einzusetzen für die Errichtung eines INTERNATIONALEN STRAFGERICHTSHOFES GEGEN TERRORISMUS.

Die Weltgemeinschaft hat sich mit der Gründung der Vereinten Nationen (VN) dem Frieden und den Menschenrechten verpflichtet. Nach unserer Auffassung kann der Kampf gegen den Terrorismus nur Erfolg haben, wenn unabhängig von der Sinnhaftigkeit oder Legitimation militärischer Maßnahmen längerfristig die Ursachen für Haß und Gewalt beseitigt werden und kurzfristig eine möglichst große Zahl von Regierungen und Menschen zusammenarbeiten, um die Terroristen und deren politische und finanzielle Helfer zu ergreifen und in einem gerichtlichen Verfahren abzuurteilen.

Die menschenverachtenden Terroranschläge des 11. September 2001, bei denen mehr als 6000 Menschen aus mindestens 38 Ländern getötet wurden, stellen ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit dar. Die Anschläge wurden innerhalb und außerhalb der USA vorbereitet und unterstützt. Die Androhungen weiterer Anschläge, insbesondere auch gegen Zivilpersonen, stellen eine Gefährdung des Weltfriedens dar.

Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen kann wegen dieser friedensbedrohenden Situation durch einen Beschluß kurzfristig ein **Internationales ad-hoc Strafgericht** errichten, ebenso wie dies zu Jugoslawien und Ruanda erfolgt ist. Dieses Strafgericht soll für schwere internationale Terrorismus-Straftaten seit dem 11. September 2001 zuständig sein. Zur Verfolgung und Verurteilung sollen die Täter und deren politische und finanzielle Unterstützter gelangen, unabhängig davon, ob es sich um Privatpersonen oder verantwortliche Regierungsvertreter handelt. Die Straftatbestände können dem Statut des Internationalen Strafgerichtshofs (sog. Römisches Statut) und den geltenden völkerstrafrechtlichen Anti-Terrorismuskonventionen entnommen werden.

Die Strafverfolgung des internationalen Terrorismus durch ein solches UN-Strafgericht würde den Druck auf alle Staaten zur Auslieferung der Täter und ihrer Helfer erhöhen und die größtmögliche Zahl von Staaten zu einem gemeinsamen Vorgehen gegen den Terrorismus vereinen, da alle UN-Mitglieder zur Zusammenarbeit bis hin zur Festnahme der Verdächtigen verpflichtet sind. Die konsequente internationale Strafverfolgung eröffnet verbesserte Ermittlungsmöglichkeiten zur Aufklärung von Terroranschlägen. Sie garantiert ein rechtsstaatliches Verfahren und erhöht die weltweite Akzeptanz durch internationale pluralistische Besetzung des Gerichtes. Dadurch wird deutlich, daß die Staatengemeinschaft – auch außerhalb der militärischen Option – gegen den internationalen Terrorismus nicht machtlos ist.

In diesem Zusammenhang kommt auch dem durch den Vertrag von Rom 1998 gegründeten **Weltstrafgerichtshof** (Ständiger Internationaler Strafgerichtshof) eine wichtige Rolle zu. Dieser kann seine Tätigkeit allerdings erst aufnehmen, wenn mindestens 60 Staaten das Römische Statut ratifiziert haben. Da bislang schon 43 Staaten ratifiziert haben, kann die erforderliche Zahl schon bald erreicht werden. Danach begangene terroristische Taten können dann von diesem

Weltstrafergerichtshof abgeurteilt werden.

Wir bitten deshalb die Bundesregierung sowohl die Errichtung eines ad-hoc Gerichts durch den UN-Sicherheitsrat auf internationaler Ebene zu unterstützen, als auch die Regierung der USA davon zu überzeugen, daß auch der Weltstrafergerichtshof in ihrem nationalen Interesse ist. In Zeiten weltweiter Solidarität mit den USA muß auch deren Bereitschaft zur internationalen Zusammenarbeit eingefordert werden. Die Boykottierung des Weltstrafergerichtshofs, wie dies zur Zeit durch den Gesetzentwurf eines „American Servicemen Protection Act“ im US-Kongress beabsichtigt ist, muß auf Unverständnis stoßen. (Freiburg, den 20.10.2001)“

Und wenn ich nun höre, daß die USA planen, Bin Laden einer US-Militärkommission zur Aburteilung zu überlassen statt die Aufklärung und Bestrafung dieser von allen als internationale Terrorakte gewerteten Anschläge einem UNO-Strafergerichtshof – und sei er zunächst nur ad-hoc eingerichtet - zu überantworten, dann kann ich mich nur „Le Monde“ anschließen, die solche Pläne „schockierend“ findet (zit.n. SZ, 19.11.2001) Setzt sich solches Denken und (Miliär-)Planen endgültig durch, wäre erwiesen, daß nicht mehr das Völkerrecht, sondern eine Supermacht die Welt regiert.

Ich muß diesen fünf Punkten einen weiteren grundsätzlichen hinzufügen:

Friedensarbeit braucht Geduld, Langsamkeit, Liebe, Wachsen von unten. Sie kann nicht wie Militär schnelle Lösungen einreden, schaffen, vorgaukeln und durchkämpfen. Aber die schnellen Sieges-Lösungen schaffen erfahrungsgemäß wieder ihrerseits neue Ungerechtigkeiten und neuen Unfrieden. Es braucht den Aufbau von Friedenskultur - das geht nur von unten.

Und zum anderen braucht es die eigene Selbstkritik im sich ausweitenden Weltkonflikt zwischen Nord und Süd, den Versuch die Anteile am Konflikt zuzugeben, das heißt besonders für uns im Westen, die von unserer wirtschaftlichen Dominanz verübten Ungerechtigkeiten, auch tödlichen Folgen! Wir müssen uns schonungslos fragen, wie Gerechtigkeit weltweit statt in der militärischen Absicherung ökonomischer Herrschaft in einer neuen Kultur des Dialogs und in einem Dialog der Kulturen entwickelt werden kann. Dazu braucht es alle pazifistischen Kräfte.

V

Schluss I

Ich fasse zusammen:

Das internationale Recht muss weiter entwickelt und gestärkt werden. Sicherheit muss durch ein neues Denken und Handeln entfaltet werden; wir brauchen neue Gefährdungsanalysen, zivile Konfliktlösungsmodelle, vertrauensbildende Maßnahmen auch zwischen Nord und Süd und vor allem: die gemeinsame Anstrengung zur Förderung des humanitären und strafbewehrten Völkerrechts.

Der Erfolg versprechende politische Pazifismus hat hier mindestens vier Ziele zu verfolgen:

- a Weiterentwicklung sozialer Widerstandsformen gegen ungerechte und diktatorische Regime von innen;
- b Entwicklung ziviler Friedensdienste und neuer Formen ziviler Konfliktbearbeitung als präventive und kurative Politikformen;
- c Fortentwicklung des internationalen Völkerrechts mit Einsatzmöglichkeiten weltpolizeilicher und strafrechtlicher Art gegen kriminelle und terroristische Gefährdungen des Weltfriedens;
- d Entwicklung einer Kultur des Friedens, der gegenseitigen Anerkennung und Achtsam-

keit – wie sie von Initiativen wie „Weltethos“ und „Erdcharta“ vorangetrieben werden.

Das setzt aber voraus, dass immer mehr Staaten, auch die verbliebene Supermacht USA, internationales Recht gemeinsam fortentwickeln und vorbehaltlos anerkennen.

Schluss II

Ich schließe mit einem Text, der „zehn Lektionen“ aus dem Nordirlandkonflikt für gewaltfreie Konfliktbearbeitung zusammenfasst, „beim Friedensstiften in Nordirland gelernt“ - ganz im Sinne eines ethischen und politischen Pazifismus (zitiert nach Church and Peace, Theologie und Frieden, Nr. 7, S: 25, November 2001):

1. Konflikte werden von Menschen verursacht und können alle auch von Menschen gelöst werden.
2. Es bedarf einer Vielfalt der Arbeitsansätze. Friedenbauen ist wie Häuserbauen - viele verschiedene Arbeitsvorgänge gehen gleichzeitig vor sich. Man braucht verschiedene Leute für verschiedene Aufgaben.
3. Alle Teile der Gesellschaft müssen einbezogen werden: Kirche, Wirtschaft, Kultur, Erziehungswesen.
4. Arbeit, wann du arbeiten kannst. Es wird gute und schlechte Tage geben.
5. Laß die etwas einfallen. Gib den Leuten vor Ort die Möglichkeit, Verantwortung zu übernehmen. Unterschätze niemals die Rolle und den Beitrag der Frauen.
6. Alles wird sich lange hinziehen. Friedensstifter müssen wissen, wo sie die Kraft tanken können, um ein solch langes Rennen durchzuhalten.
7. Sieh dich außerhalb der betroffenen Gegend nach Unterstützung und Rat um. Andere Konflikte sind oft noch schwieriger.
8. Um des Friedens willen müssen wir Risiken eingehen.
9. Friedensstiften ist dreckige Arbeit: vieles ist ungewiß, manches wird unvollendet bleiben.
10. Bete, nimm dir Zeit für Schweigen, Gottesdienst und Nachdenken. Mehr als dein Bestes kannst du nicht tun.

Dr. Reinhard J. Voß
c/o pax christi-Sekretariat
Postfach 1345
61103 Bad Vilbel
Tel. 06101-2073
Email: r.voss@paxchristi.de